

Sozialistische Monatshefte

Nr. 12

Dezember 1948

3. Jahrgang

INHALT

Die Ruhr — der Prüfstein für Europa. Von Max Cohen-Reuss	Seite 1
Madiavelli wird in Bonn begraben. Von Dr. Fritz Eberhardt	6
Sozialistische Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein. Von Dr. Harald Seehusen	10
Keine reine Freude am Parlamentarismus. Von Willi Lausen	15
Unter dem Gesetz der Diktatur. Von Theo Jost	20
Kapitalexport und Imperialismus. Von Dr. Hans Jäckel	24
Uran — Drohung oder Hoffnung. Von Dr. Ludwig Ratzel	29
Die Tugend wird entlarvt. Von Georg Büchner	31
Streifzug durch die Weltpolitik	32
Auslandsrundschau	34
Unter der Lupe	36
Wirtschaftsnachrichten	37
Buchbesprechungen	39

Redaktion: Erwin Schoettle, Stuttgart, Silberstraße 1
Redaktionsschluß: 7. Dezember 1948



Veröffentlicht unter der Zulassung Nr. US - W - 1108 der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung / Verlag: Volkswille, Max Denker, Stuttgart, Silberstraße 1 / Erscheint monatlich / Einzelverkaufspreis 50 Dpf. / Vierteljahrspreis 1.50 DM, zuzügl. 12 Dpf. Postzustellgeb. (Streifbd. zuzügl. 18 Dpf.) / Aufl. 5000 / Druck: Friedrichstr. 13.

Jürgen Morawitz

SOZIALISTISCHE MONATSHEFTE

Nummer 12 . Stuttgart . Dezember 1948 . Jahrgang 3

MAX COHEN-REUSS

Die Ruhr — der Prüfstein für Europa

I.

Wer die Entwicklung der außenpolitischen Verhältnisse in Frankreich aufmerksam verfolgt hat, konnte erkennen, daß in der Haltung zu Deutschland eine merkliche Entspannung eingetreten war. Nicht nur in der offiziellen Politik, für die die vor einigen Wochen stattgehabte Reise des französischen Außenministers Robert Schuman nach Deutschland ein Merkmal dieser Entspannung war und es auch sein sollte, auch in der französischen Bevölkerung selbst, in der ein tiefsitzender Haß gegen das deutsche Volk nur in sehr seltenen Fällen festzustellen ist, hatte sich diese Veränderung vollzogen. Das gilt sowohl für die Provinz wie für die Hauptstadt selber. Zahlreiche Zeitungsaussagen sind Zeugen dieses Umschwungs, und aus den Unterhaltungen, die die nicht unbeträchtliche Anzahl in Frankreich lebender Deutscher (darunter viele deutsche Arbeiter, die in kleinen Städten und auf dem Lande tätig sind) täglich mit Franzosen der verschiedensten Bevölkerungsschichten haben, geht dasselbe hervor. Auch die in Paris erfolgte Gründung eines Komitees zur Anknüpfung von engeren Beziehungen zu dem „neuen Deutschland“, dem Männer angehören, die Rang und Klang in der französischen Öffentlichkeit haben, und erst recht die in den Sitzungen dieses Komitees gefallenen Äußerungen, sind unanfechtbare Beweise für die Milderung des französisch-deutschen Gegensatzes, soweit er auf dem Willen und den Wünschen der Individuen beruht.

Man darf natürlich nicht glauben, daß diese der Vernunft entspringende Veränderung auch bereits das tiefsitzende Mißtrauen gegen den östlichen Nachbarn beseitigt habe. Das wäre ein Irrtum. Das Mißtrauen kann erst allmählich durch gegenseitiges Kennenlernen und engere Fühlungnahme schwinden. Immer mehr jedoch gewinnt man den Eindruck, daß weite französische Kreise bereit sind, das Mißtrauen nicht mehr zum Ausgangspunkt für die Gestaltung der französisch-deutschen Beziehungen zu machen und auch jene Gefühle zurückzustellen, die während des Krieges durch die schändlichen Missetaten der Gestapo, der SS und anderer deutscher Truppenteile in Frankreich selbst und in den Konzentrationslagern Deutschlands hervorgerufen worden sind. Man begreift allmählich, daß, allen Gefühlserregungen zum Trotz, die Vernunft endlich wieder beginnen muß, die politischen Dinge zu dirigieren und die Beziehungen zweier großer Länder zu regeln. Es ist bedauerlich, daß die kommunistische Partei und die „Sammlung“ des Generals de Gaulle an dieser hier kurz geschilderten Entwicklung der französischen Haltung zu Deutschland keinen Anteil haben. Beide verharren in

unveränderter Gegnerschaft zu ihm und wären bereit, jede unmögliche Forderung an das deutsche Volk zu stellen, wenn sie sie durchführen könnten. Es mag sein, daß sich in der Haltung der Kommunisten eines Tages, auf sowjetrussische Anordnung, eine Änderung vollzöge. Aber das kann man nicht voraussehen. Man muß daher auch weiterhin mit der unveränderten Intransigenz dieser beiden Parteien rechnen, die stets bereit sein werden, einer etwaigen Annäherung und engeren Zusammenarbeit der beiden Länder immer neue Hindernisse zu bereiten.

II.

Die Frankfurter Beschlüsse, die die beiden angelsächsischen Länder in der Ruhrfrage, ohne Befragung ihres französischen Verbündeten, gefaßt haben, könnten dazu führen, die französische Politik der Zusammenarbeit mit Deutschland zu stoppen und ihre Haltung von neuem zu versteifen. Die französische Forderung der Internationalisierung der Kohlengruben des Ruhrbeckens und der mit ihnen in Zusammenhang stehenden schwerindustriellen Betriebe ist sozusagen die letzte Forderung aus der Reihe all jener, die die offizielle französische Politik seit der Niederlage Deutschlands gestellt und allmählich aufgegeben hat, weil sie sie als undurchführbar erkannte. An dieser wird sie daher um so hartnäckiger festhalten. Man weiß in Frankreich, daß die Einbeziehung Deutschlands in den Marshall-Plan notwendig war, weil man beim europäischen Aufbauwerk nicht auf die Mitarbeit eines so leistungsfähigen Industrievolkes verzichten konnte. Es hat sich dieser Einbeziehung daher auch nicht widersetzt, fühlt sich indessen nicht sonderlich wohl bei dem Gedanken, daß durch einen starken industriellen Wiederaufstieg Deutschlands der eigenen Exportindustrie eine unerwünschte Konkurrenz entstünde, der zu begegnen nicht leicht sein wird. Das ist, auf wirtschaftlichem Gebiete, der Haupt Gesichtspunkt, der eine große Anzahl einflußreicher französischer Industrieller und Politiker leitet, wenn sie einer zu schnellen industriellen Neuerstärkung Deutschlands Hindernisse zu bereiten suchen. Die Internationalisierung der Ruhr würde, so nehmen die Vertreter dieser Auffassung an, die Möglichkeit bieten, der deutschen Industrieentwicklung gewisse Bindungen aufzuerlegen, durch die sie auf manchen Gebieten eine weniger gefährliche Konkurrentin würde als wenn man sie frei gewähren ließe. (Es ist bekannt, daß es auch in Großbritannien Kreise gibt, die die deutsche Konkurrenz fürchten und sie, mit anderen Mitteln, ebenfalls in ihrer Bewegungsfreiheit hemmen möchten).

Es werden in Frankreich jedoch auch andere Meinungen laut. Vor kurzem wurde die Deutschlandfrage zum Thema einer Radiodiskussion gemacht, und es war bemerkenswert, daß ein der Rechten angehörender Abgeordneter der Nationalversammlung einem Kommunisten gegenüber, der die deutsche Weltmarktkonkurrenz in glühenden Farben schilderte, den Standpunkt vertrat, daß Deutschland, wenn es gute Exportgeschäfte mache, auch ein guter Abnehmer für französische Produkte sein werde. Ohne gegenseitige Konkurrenz auf einer Reihe von Warengebieten gäbe es keine vernünftige Weltwirtschaft, man könne mit politischen Mitteln keine Monopole schaffen, dazu gehöre eine entsprechende der Konkurrenz überlegene Leistungsfähigkeit. Derart vernünftige Äußerungen sind nicht etwa selten. Man kann sie auch in der Wirtschaftspresse lesen; es ist jedoch schwer vorauszusagen, in welchem Umfange sie sich durchsetzen werden.

III.

Es versteht sich, daß privatwirtschaftliche Konkurrenzgesichtspunkte auch bei der Geltendmachung der Sicherheitsfrage eine Rolle spielen. Man darf aber nicht vergessen, daß dieses Problem von der Gesamtheit des französischen Volkes, ohne Unterschied der politischen Parteizugehörigkeit, als das Zentralproblem der französischen Außenpolitik angesehen wird. Das ist leicht zu verstehen. Ein Volk, das in zwei Weltkriegen so schwer gelitten hat wie das französische, will unter allen Umständen eine dritte Invasion vermeiden. Darin hat es vollkommen recht und es liegt auch im deutschen Interesse, daß Frankreich diese Sicherheit vor einem neuen deutschen Angriff gegeben wird. Die deutschen Demokraten sind bereit, alles zu tun, was Frankreich billigerweise auf diesem Gebiet fordern könnte, und sie werden bestimmt, anders und besser als in der Weimarer Epoche, sich dem Aufkommen faschistischer Kräfte widersetzen und eine Machtergreifung durch sie mit allen Mitteln verhindern. Sie haben einiges hinzulernt und zu einem beträchtlichen Teil, auch in Konzentrationslagern, Schweres ertragen müssen. Man wird vor allem der heutigen deutschen Arbeiterschaft Vertrauen schenken und ihr glauben dürfen, daß ihr Kampf gegen einen neuauftauchenden Faschismus unerbittlich sein wird.

Der überwiegende Teil des deutschen Volkes wird auch nichts gegen eine sehr strenge Kontrolle all jener Unternehmen einzuwenden haben, die einer Wiederaufrüstung dienen könnten. Niemand wünscht eine Neuaufrüstung weniger als das deutsche Volk selber. Seine Wünsche zielen nicht darauf hin, daß Deutschland noch einmal ein weltpolitischer Machtfaktor werde. Es hat jetzt zweimal erlebt, wohin das führt, und es hat übergenug davon. Der Hitlerkrieg mit den unerhörten eigenen und fremden Menschenopfern, die Ruinen seiner sämtlichen Großstädte, die die Deutschen noch auf Jahrzehnte hinaus begleiten werden, sind Mahnzeichen so eindringlicher Art, daß sie sich nicht vergessen lassen und als historische Erlebnisse von unerhörter Wucht tief in ihre Seelen eingedrungen sind. Sie werden zur Schöpfung eines neuen Geistes mehr beitragen als jahrzehntelange Erlebnisse seiner früheren Geschichte.

Diese Tatsachen wird man beachten müssen, wenn man, ausgehend von der zukünftigen Entwicklung Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Wiedererstärkung, politische Konsequenzen zieht und annimmt, daß Schutzmaßnahmen auch weiterhin unerlässlich seien, um neue deutsche Angriffsabsichten unmöglich zu machen. Es gibt jedoch noch eine Reihe anderer, sehr wichtiger Faktoren, die, wenn man von einer späteren deutschen Gefahr

In dem heute wieder so modern gewordenen wirtschaftlichen Freiheitstaumel darf nicht übersehen werden, daß die freie, sich selbst überlassene Marktwirtschaft noch nie zu einem harmonischen Gleichgewicht der Kräfte geführt hat, sondern immer nur zu einer weitgehenden Vermachtung der Privatindustrie in Monopole und monopolähnliche Gebilde.

RUDOLF ZORN

spricht, nicht übergangen werden können; denn sie sind geeignet, dem von französischer Seite in den Vordergrund gerückten Sicherheitsfragenkomplex ein vollkommen anderes Gesicht zu geben.

IV.

Der größte Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich, soweit man ihr in Zeitungen, Zeitschriften, in den Parlamenten und sonstigen öffentlichen Reden begegnet, hat, bei der Erörterung deutscher Dinge, bis heute noch kaum von der beispiellosen Umwälzung Kenntnis genommen, die der zweite Weltkrieg vor allem in Europa herbeigeführt hat. Sonst wäre es unmöglich, die Frage der französischen Sicherheit nach wie vor unter jenen Gesichtspunkten zu betrachten, wie sie nach dem ersten Weltkrieg bestanden. Nicht allein, daß das damalige Deutschland, verglichen mit dem heutigen, ein materiell unzerstörtes Land war. Die Vereinigten Staaten waren dem Völkerbund ferngeblieben und hatten damit zum Ausdruck gebracht, daß sie sich in europäische Angelegenheiten nicht einzumischen gedachten. In Rußland hatte die Revolution vorderhand jede Möglichkeit der Einnischung in die Angelegenheiten der übrigen europäischen Nationen zunichte gemacht. Heute ist das Gegenteil der Fall. Die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland sind in außergewöhnlich starke Machtpositionen aufgerückt und betrachten beide den europäischen Kontinent als einen wichtigen Teil ihrer eigenen Einflußsphäre. Sie werden nie tatenlos beiseitestehen, wenn es irgend einem europäischen Staate einfallen sollte, zum Schwerte zu greifen, es würde ihm sofort aus der Hand geschlagen werden. Die beiden genannten großen Mächte können und werden es nicht dulden, daß ein europäisches Volk ein anderes aus irgendwelchen Gründen angreift und damit einen neuen allgemeinen Krieg hervorruft, wie er von 1939 bis 1945 über die Völker dahingestürmt ist. Mit dem europäischen Imperialismus vergangener Epochen ist es zu Ende; an seine Stelle ist die Notwendigkeit europäischer Verständigung getreten. Es gibt nur noch die Möglichkeit eines einzigen Krieges in Europa: den Zusammenstoß der beiden Großen. Ihn zu verhindern müssen alle friedlichen Kräfte der Welt aufgerufen werden. Wenn dieser furchtbare Konflikt dennoch über uns hereinbräche, so wäre das, wie alle Welt weiß, kein deutscher Krieg, wie es der Hitlerkrieg war, sondern einer, bei dem die Deutschen sowohl wie andere europäische Völker Hilfstruppen auf einer der beiden Seiten zu stellen haben würden. Es ist nicht nötig, sich mit den kindlichen Vorstellungen abzugeben, die nach einem solchen Zusammenprall aller zerstörender Kräfte der Welt von einem neuen Aufstieg Deutschlands träumen oder ihn befürchten. Nur das gähnende Nichts würde bleiben, vor dem die Reste der übrig gebliebenen Menschen in Europa dann stehen würden, und keine Hölle könnte schlimmer sein als die, mit der die Menschheit sodann zu kämpfen hätte.

Es ist noch nötig, wenn man von den bekannten Wirkungen der großen Katastrophe absieht, auf die Waffenlosigkeit Deutschlands und darauf hinzuweisen, daß eine Wiederaufrüstung durch eine Kontrolle sehr gut verhindert werden kann. Das ist keine technische Frage mehr, sondern eine des politischen Willens der Westmächte. Auch in dieser Sache sind die heutigen Verhältnisse ganz andere als die nach dem Frieden von Versailles. Der damals von Frankreich vergeblich gemachte Versuch, einen wirkungsvollen Schutz seiner Verbündeten zu erhalten, ist heute durch den Atlantikpakt gewähr-

leistet, der eine ganz andere Bedeutung hat, als die unzulänglichen Bestimmungen des Paktes von Locarno.

Ist es wirklich möglich, all die tatsächlichen Umwälzungen zu übersehen, die sich durch den zweiten Weltkrieg vollzogen haben? Kann man die Ruhrfrage heute noch unter dem Gesichtswinkel der Sicherheitsfrage betrachten, wie es unter gänzlich anderen politischen und historischen Verhältnissen vordem geschehen ist? Die in dieser kurzen Darstellung angeführten Tatsachen sollten auch die Zweifler überzeugen; es sei denn, daß andere Absichten, von denen oben auch gesprochen wurde, verfolgt werden. Die französische Furcht vor einem deutschen Angriff ist unberechtigt. Deutschland wünscht vielmehr eine immer enger werdende Zusammenarbeit mit dem westlichen Nachbarn. Es gibt kaum zwei Länder in der Welt, die sich materiell und geistig so ausgezeichnet ergänzen könnten, wie Frankreich und Deutschland. Die beiden Länder sind auch für eine wahrhafte europäische Zusammenarbeit die wichtigsten. Wenn Frankreich die deutsche Wirtschaftsentwicklung zu verhindern trachtet, so hemmt es damit auch das Zustandekommen des europäischen Zusammenschlusses, ohne seine eigenen Interessen zu fördern. Ein Europa mit politischer Bedeutung, das, wenn es schnell zustandekäme, wahrscheinlich die zuverlässigste Friedensgarantie wäre, kann nur dann Wirklichkeit werden, wenn Frankreich und Deutschland in Vertrauen miteinander verbunden sind.

Es ist übrigens nicht so selten, daß diese Notwendigkeit auch von französischer Seite betont wird. So schreibt beispielsweise Maurice Duverger in der großen Pariser Zeitung „Le Monde“ vom 27. November einen Artikel (er ist nicht der erste, den Duverger und andere im gleichen Sinne bereits in diesem Blatte veröffentlicht haben) u. a.:

„Solange die Unordnung in Deutschland herrscht, herrscht sie auch in Europa; der Wiederaufbau Deutschlands ist von dem Europas untrennbar.“ . . . „Weil Frankreich vor einem deutschen Angriff Furcht hat, will es die deutsche Industrie schwach erhalten: auf diese Weise verdammt es Europa und sich selbst zu einem mittelmäßigen Leben, ohne dadurch eine wahrhafte Sicherheit zu erhalten.“ . . . „Besonders Deutschland und Frankreich müssen endlich ihrem jahrhundertelangen Kampf ein definitives Ende bereiten, aber nicht nur auf dem Papier, sondern in den Herzen ihrer Völker. Man muß erkennen, daß diese Ruhraffäre heute wie vor 25 Jahren das trägische Mißverständnis zwischen den beiden Völkern vergrößert, die sich hätten verstehen können, wenn sie nicht dem Haß gegeneinander Raum gelassen hätten.“ . . . „Es gibt ohne eine französisch-deutsche Allianz kein Europa. Und wenn man sagt, daß diese Allianz unmöglich sei, so bedeutet es, daß Europa nicht möglich ist. Dann bleibt uns nur noch die Wahl zwischen zwei Lösungen: ein Vasallenstaat vom Typ der Philippinen oder dem der Balkandemokratien, wofern wir nicht einfach eine Sowjetrepublik oder der fünfzigste amerikanische Staat werden wollen.“

In der Diskussion über die Ruhrfrage, die bei der Abfassung dieses Artikels in der Nationalversammlung stattfindet, wird man nicht erwarten dürfen, daß auch nur ein einziger Redner auf die hier erwähnte gewaltige Umwälzung eingeht, die der Sicherheitsfrage ein so vollkommen verändertes Gesicht gegeben haben. Man wird es besonders bedauern müssen, daß der bereits zu Worte gekommene Hauptredner der Sozialisten, der frühere Minister André Philip, sich ebenfalls der allgemeinen Auffassung angeschlossen hat, daß die unvermeidbare industrielle Wiedergeburt Deutschlands eine große Gefahr in sich schließe; in dem Maße, in dem sich die Ruhrindustrie entwickle, wachse automatisch das deutsche Kriegspotential. Diese Identifizierung von Wirtschaftskapazität und Kriegspotential ist ein grundlegender

Irrtum, der nach der hier gegebenen allgemeinen Darstellung klar erkennbar ist. Daß Philip für eine sehr strenge Kontrolle eintritt, fordert nicht zum Widerspruch heraus. Man müßte nur endlich einsehen, daß sie das natürliche Korrelat einer frei sich entwickelnden deutschen Wirtschaft ist, und daß es sich nur darum handeln dürfte, die Fabrikation von Kriegswaffen zu verhindern.

Die Wirtschaftsentwicklung Deutschlands grundsätzlich an allen Ecken und Eden zu beschneiden, wäre ein großer Fehler, der alle europäischen Völker in Mitleidenschaft zöge. Er verstößt gleichfalls gegen die Schaffensidee, die eine der größten Ideen der Menschheit überhaupt ist und ganz gewiß zu den grundlegenden Gedanken einer sozialistischen Produktionspolitik gehört. Man darf die Schaffungsmöglichkeit des deutschen Volkes, die nach dem Wunsch und Willen seiner ungeheuren Mehrheit dem Frieden, nur dem Frieden, dienen soll, nicht einschränken. Damit würde man aus dem europäischen Chaos nicht herauskommen, sondern sich nur noch mehr in ihm verstricken. Der große Gedanke einer französisch-deutschen Verständigung und die Erkenntnis seiner Notwendigkeit war nie so stark im deutschen Volke wie gegenwärtig. Es liegt in der Hand Frankreichs, ob er lebendige Wirklichkeit wird oder als theoretisches Problem weiter in den Wolken schwebt. Es ist nicht nötig, daß alle europäischen Dinge nur durch amerikanischen Druck in die Tat umgesetzt werden. Die nächstliegenden Aufgaben, die sich jedem aufdrängen, könnten auch durch die Einsicht der Europäer zur Wirklichkeit werden. Das sollte auch Frankreich, dem Europa und die Welt so viel verdanken, gerade jetzt nicht vergessen; es gäbe keine bessere Befestigung seiner europäischen Stellung.

FRITZ EBERHARDT

Machiavelli wird in Bonn begraben

Die Beziehungen zwischen den modernen Machtstaaten waren vom Nützlichkeitsgedanken geleitet, in dem Sinne, daß das, was dem einen Staat nützlich war, dem anderen schädlich sein durfte. Jeder Staat suchte seinen Vorteil auf Kosten des anderen. Das Ergebnis war eine vollkommene Anarchie in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Da nur der Starke recht hatte, mußte jeder Staat bestrebt sein, sich stärker zu machen als der Nachbar und Konkurrent. Die Machtpolitik, die seit einigen Jahrzehnten vor allem von den Interessen des Monopolkapitalismus getragen war, hat zu einem politischen Banditentum geführt, dessen Ergebnisse nach zwei Weltkriegen sichtbar vor uns ausgebreitet liegen. Das Mittelalter hatte in der Vorstellung des christlichen Überstaates ein bindendes Element, das umso leichter zur Geltung kommen konnte, als die politische Willensbestimmung bei wenigen feudalen Familien lag. Diese bedeutende Rolle hat die Kirche aufgegeben, seitdem sie sich zum Beginn der Neuzeit zur Dienerin der nationalen Machtstaaten erniedrigte. Die protestantischen Kirchen taten dies in aller Form, die katholische Kirche in der Sache.

Aus zwingenden dialektischen Gründen mußte diese Entwicklung eine Gegenbewegung auslösen, die dem Nationalen das Internationale, dem Machtgedanken den Rechtsgedanken und dem Krieg den Frieden entgegensetzte. Von diesen Gedanken war die internationale Arbeiterbewegung des 19. Jahr-

hunderts getragen gewesen. Zu Bebels und Liebknechts Zeiten war Deutschland, selbst für Lenin, lange Jahre hindurch das Mekka des Sozialismus. Eben weil dieser deutsche Sozialismus ausgesprochen international und pazifistisch zu sein schien. Es wäre aber sehr verkehrt, wenn wir Sozialdemokraten in diesem Punkte uns einer gedankenlosen Selbstgefälligkeit hingeben wollten. Zwei schwere Schläge sind dem Internationalismus und Pazifismus — zwei ihrem Wesen nach engstens verbundene Begriffe — aus unseren Reihen versetzt worden. Einmal durch die Bewilligung der Kriegskredite im Jahre 1914 und zweitens durch die nationalistische Abweichung des russischen Sozialismus in seiner bolschewistischen Form. Die unechte Diktatur des Proletariats in Rußland hat die bestürzende Tatsache ans Licht gefördert, daß der Imperialismus nicht nur das Produkt des Monopolkapitalismus zu sein braucht.

Der Zusammenbruch des Jahres 1945 hat dem deutschen Sozialismus einen großen Teil der Verantwortung für die Zukunft Deutschlands und damit für die Zukunft der Welt aufgebürdet. Die Wege, die ein deutscher Staat in der Zukunft gehen wird, werden ihm heute durch das Grundgesetz vorgezeichnet, das wir in Bonn entwerfen. Es ist eine provisorische Verfassung für einen einstweilen fragmentarischen deutschen Staat. Die Aufgabe, die uns gestellt ist, ist so groß und folgeschwer, daß es vielleicht ganz gut ist, daß die endgültige Verfassung eines endgültigen Deutschlands die Möglichkeit der Überarbeitung und Vervollkommnung gibt. Im Hinblick hierauf ist es aber umso wichtiger, bereits jetzt die Grundtendenzen zu erkennen, die sich in dem Bonner Verfassungstext durchsetzen wollen. Die sozialdemokratische Fraktion kann es sich zur Ehre anrechnen, daß sie sich zum Verfechter der Grundgedanken der Völkerverständigung gemacht hat, und wir dürfen mit großer Beruhigung feststellen, daß diese Gedanken für das deutsche Volk so zur Selbstverständlichkeit geworden sind, daß die betreffenden Artikel, die ausnahmslos von sozialistischer Seite angeregt worden waren, fast ohne jede Debatte über die Bühne gingen. Diese ruhige Selbstverständlichkeit hat leider zur Folge gehabt, daß die Presse, insbesondere die ausländische Presse, auf diese Vorgänge viel zu wenig achtete. Hier wurde ein Beitrag zur Wiedergutmachung, zu der wir uns verpflichtet fühlen, geleistet, der mehr wert ist als alle Reparationszahlungen und der eine bessere Sicherung für eine friedliche deutsche Außenpolitik gibt als alle militärischen Überwachungsmaßnahmen.

Um was handelt es sich?

Artikel 29 b (der vorläufigen Numerierung) bestimmt, daß alle Handlungen, die geeignet sind, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, ins-

Die Wissenschaft hat nicht das Recht, von der Verkündung der Wahrheit abzugehen. Sie mag sich irren, denn irren ist menschlich; so sie aber etwas als wahr erkannt hat, muß sie es verkünden, koste es, was es wolle.

HELMUT ARNDT

Sozialistische Monatshefte

Nr. 12 / 3. Jahrgang

Dezember 1948

Preis DM. —.50

Aus dem Inhalt: Max Cohen-Reuss: Die Ruhr - der Prüfstein für Europa / Dr. Fritz Eberhardt: Machiavelli wird begraben / Willi Lausen: Keine reine Freude am Parlamentarismus / Streifzug durch die Weltpolitik / Auslandsrundschau / Unter der Lupe / Wirtschaftsnachrichten